

Tagungsbericht

Friedensbewegungen und demokratische Kultur in Südeuropa, 1975-1990

Tagungstermin und -ort: 14.-16. Februar 2018, Deutsches Historisches Institut Rom

Tagungsorganisator: Prof. Dr. Martin Baumeister, Deutsches Historisches Institut Rom

Problemstellung

Ziel der Tagung war es, in vergleichender Form für die südeuropäischen Länder Griechenland, Italien und Spanien zu erhellen, ob und wie die massenhafte Mobilisierung für Friedensziele (nukleare Abrüstung, Verzicht auf US-Militärbasen, Antimilitarismus) dazu beigetragen hat, friedlichen Protest und zivilen Ungehorsam als selbstverständliche Mechanismen der politischen Partizipation in post-diktatorischen Gesellschaften zu verankern. Dabei ging es zum einen um die Akteurskonstellationen und institutionellen Rahmungen dieser Proteste und ihre Beziehung zu den jeweiligen sozialistischen Parteien des Landes, zum anderen um die Praktiken und Kulturen der Partizipation, mit denen sich die Friedensbewegung jeweils als Teil der demokratischen Erneuerung ihres Landes präsentierte.

Schließlich ging es um Formen der transnationalen Kooperation von Protestakteuren und um die kollektiven Symbole und performativen Rituale der Protestbewegungen.

Forschungsstand

Die historische und sozialwissenschaftliche Forschung der letzten Jahre hat die Protestbewegungen gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen als eine Schlüssepisode der Endphase des Kalten Krieges interpretiert. Für alle westeuropäischen Länder und die USA liegen Überblicksdarstellungen und Fallstudien vor. In diesen Studien stehen zum einen Fragen nach den Akteurskonstellationen, dem „Framing“ des Protests und dem Handlungsrepertoire der Protestbewegungen im Mittelpunkt. Daneben haben vor allem bestimmte Gruppen von Akteuren wie evangelische und katholische Christen und ihr Beitrag zur Protestkultur Aufmerksamkeit gefunden. Konzeptionell anspruchsvolle Studien wie die Arbeit von Susanne Schregel (2012) fragen nach dem Beitrag des antinuklearen Protests der 1980er Jahre zur Rekonfigurierung und Erweiterung des Politischen.

Diesem breit ausdifferenzierten Forschungsstand für Deutschland und andere Länder Westeuropas steht ein Mangel an Arbeiten zu den Ländern Südeuropas gegenüber. Die zeithistorische Forschung hat für Italien und Spanien in den 1980er Jahren kaum mehr als erste Schneisen durch eine terra incognita geschlagen. Auch die Historische Friedensforschung steht in diesen Ländern noch ganz in den Anfängen. Von den verschiedenen Aspekten der antinuklearen Mobilisierung im Italien der 1980er Jahre ist die Rolle katholischer Akteure noch am besten untersucht. Zu anderen Akteursgruppen, lokalen Mobilisierungsschwerpunkten und zum Protestrepertoire der Friedensbewegung in Italien, Spanien und Griechenland liegen dagegen nur verstreute Beiträge vor.

Zusammenfassung der Einzelbeiträge

Nach einleitenden Bemerkungen von MARTIN BAUMEISTER (Rom) und BENJAMIN ZIEMANN (Sheffield) fragten die Papiere der ersten Sektion nach den Beziehungen zwischen Friedensbewegungen, Parteien und anderen institutionellen Akteuren. EIRINI KARAMOUZI (Sheffield) sprach über die Politik der griechischen Sozialisten während der 1980er Jahre. Sie hob die zentrale Rolle des griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou hervor, dessen politische Manöver und rhetorische Strategien die Geschichte der griechischen Friedensbewegung in dieser Dekade entscheidend beeinflussten. So verstand er es durch seine gegen die Nato wie die Türkei gerichtete Außenpolitik, den Einfluss der kommunistischen Partei auf die Friedensbewegungen zu limitieren. Obgleich er sich dabei in politische Widersprüche und nicht einzulösende Versprechen verwickelte, ließen sich an ihm die politischen Räume aufzeigen, die kreative Akteure angesichts der Mobilisierung für Frieden und Abrüstung nutzen konnten. Vor nicht unähnlichen Herausforderungen stand, so VALENTINE LOMELLINI (Padua), der *Partito Comunista Italiano*. Seine Deutung der Bewegungen als Bedrohung der eigenen hegemonialen Position innerhalb der italienischen Linken änderte sich schlagartig mit dem Tod von Breschnew 1982. Von da an begann die größte kommunistische Partei Europas aktiv die Parolen und ideologischen Positionierungen der Bewegung zu beeinflussen, um sie als politischen Bündnispartner zu gewinnen. Dass solche Versuche ihre Grenzen hatten, zeigte sich aber nicht zuletzt in antiimperialistischen Mobilisierungsversuchen, die sich auch gegen die UdSSR richteten und die Stellung des PCI fortlaufend erodierten. Der Kommentar von XOSÉ M. NÚÑEZ SEIXAS (Santiago de Compostela) bettete die Vorträge in ein Narrativ gescheiterter

kommunistischer Vereinnahmungsversuche ein. Zwar hätten PASOK und PCI ähnliche Antworten auf gleichförmige Phänomene gewählt, PASOK sei aber darin erfolgreicher gewesen, da ihr als sozialistische Partei ein größerer Manövrierspielraum zur Verfügung stand. Sie hätte glaubwürdiger eine eigenständige außenpolitische Position vertreten können.

Seinem Abendvortrag stellte FEDERICO ROMERO (EUI Florenz) die Frage voran, welchen heuristischen Wert Versuche versprächen, Südeuropa als genuine Entität zu konzipieren. Aus historischer Perspektive sei zu konstatieren, dass sich die südeuropäischen Staaten nach 1945 weder als eine politische Entität begriffen, die kollektiv Einfluss auf den Verlauf europäischer Integration nehmen wollte, noch dass sonstige Eigenschaften jenseits von Klima und Geographie sie als einen gemeinsamen Raum definierten. Im Kern des Vortrages von Romero stand die These, dass die Frage nach den demokratisierenden Wirkungen von Friedensbewegungen in Spanien, Italien und Griechenland vor dem Hintergrund eines Politikwechsels der Europäischen Gemeinschaft interpretiert werden müsse. Nach dem Ende der Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland seien die Länder des Warschauer Pakts als die einzigen Diktaturen in Europa verblieben. Dies habe es der Europäischen Gemeinschaft ermöglicht, sich im Verlauf der 1980er Jahre zunehmend als eine demokratische Wertegemeinschaft zu präsentieren und damit die Engführung auf eine ökonomische Harmonisierung zu überwinden. Zugleich habe es die Detente der 1970er Jahre den Friedensbewegungen auch im Süden Europas erleichtert, sich als ein Beitrag zu einer Überwindung der Blockkonfrontation zu verstehen.

Am nächsten Morgen eröffnete EFI GKOTZARIDIS (Athen) die zweite Sektion der Konferenz, in der die Praxis und die geschlechtergeschichtliche Dimension von Partizipation in Friedensbewegungen zur Diskussion standen. Gkotzaridis erörterte dazu die langfristigen Nachwirkungen des griechischen Bürgerkrieges auf die dortigen Friedensbewegungen. Da deren Aktivitäten stets als regimefeindlich eingestuft wurden, unterlagen sie in den 1950er und 1960er zahlreichen Repressionsversuchen von Seiten des Staates. In diesem in demokratischer Hinsicht defizitären Umfeld verschränkten sie ihren strikten Pazifismus mit politischem Reformismus. Hieraus erkläre sich, so Gkotzaridis, die langanhaltende Problematisierung eines Militärapparats in der Demokratie sowie der Stationierung ausländischer Militärbasen als potentielle Bedrohung von Demokratie und

nationalstaatlicher Souveränität. Im Anschluss daran analysierten MONTSERRAT HUGUET und LAURA BRANCIFORTE (Madrid) die feministische Präsenz und Politik innerhalb der Anti-Atom-Bewegungen in Italien und Spanien. Sie differenzierten Legitimationsstrategien, rekonstruierten Protestereignisse und untersuchten zugleich die lokale Relevanz transnationaler Strategien und Konzepte. Auf der Grundlage ihrer Befunde zogen sie den Schluss, dass in Spanien der Feminismus kaum mithilfe ökologischer Rahmungen mobilisierte, während sich die italienische Frauenbewegung vehement von geschlechtssensiblen Deutungsmustern absetzte und sich die generelle politische Großwetterlage massiv auf die Konstitution einzelner Friedensbewegungen auswirkte. Die Diskussion ergänzte die Deutung des vorgestellten Materials um die Rolle einzelner Märtyrer für die identitäre Sinnstiftung der Bewegungen und stellte ihre internen Friktionen und Konflikte heraus.

Das dritte Panel der Konferenz widmete sich der Politik antimilitaristischer Friedensbewegungen. Am Beginn stand das Papier von LUCIA BONFRESCHI (Rom) zur Geschichte des italienischen *Partito Radicale* der 1970er und 1980er Jahre. Seit 1969 entwickelte sich diese Partei zu einer organisatorischen Plattform der Friedensbewegung. Seit Mitte der 1970er Jahre konnte sich die Partei in ihrer Legitimationsstrategie innovativ gegenüber dem PCI absetzen: Einerseits überführte der *Partito Radicale* die Gegenüberstellung von Ost und West in eine von Nord und Süd, andererseits forderte er eine völlige Demilitarisierung, auch da er im Gegensatz zum PCI nicht als vertrauenswürdiger Repräsentant vornehmlich nationaler Interessen auftreten musste. Bonfreschi stellte so einen alternativen Träger antimilitaristischer Politik vor, der anti-etatistischer Friedenspolitik eine politische Plattform bot.

Der Vortrag von LUIS VELASCO MARTÍNEZ (Santiago de Compostela) adressierte die Praxis der Wehrpflicht in Spanien im Kontext nationaler Identitätsbildung. Martínez zeigte, dass zwar ein Großteil der Rekruten ihren Militärdienst als Übergangsritual deutete und häufig schlicht aus Angst auf jeglichen Widerstand verzichtete, sich aber seit Ende der 1950er Jahre religiös motivierte Verweigerungspraktiken herausbildeten, die teilweise durch die Emigration angesichts der drohenden Einberufung Ergänzung fanden. Die Beobachtung, dass die Effekte des Militärdienstes auf die jungen Rekruten, dank des staatlichen Unvermögens, das Militär zu modernisieren, eher vernachlässigbar waren, untermauerte er anhand der Beispiele von Rekruten, die eine spanische Identität

ablehnten: Basken, Katalanen und andere nutzten ihren Wehrdienst, um Propaganda gegen das Regime zu verbreiten, den politischen Gegner kennenzulernen sowie für den Kampf gegen ihn von ihm an der Waffe ausgebildet zu werden. Die Versuche des Franco-Regimes, die Bevölkerung über das Militär als Schule der Nation zu homogenisieren, müssten, so Martínez, deshalb als gescheitert angesehen werden.

CARLOS ÁNGEL ORDÁS (Barcelona) nahm sich der spanischen Antiwehrpflichtbewegung nach dem Ende des Franco-Regimes an. Sein Beitrag eröffnete nicht nur einen differenzierten Überblick über die verschiedenen Teilbewegungen, sondern stellte die ‚Insumisión‘, eine ebenso radikale wie einflussreiche antimilitärische Strategie, ins Zentrum der Betrachtung. Da ihre Anhänger ebenso den Militär- wie den Zivildienst verweigerten, agierten sie als Avantgarde einer antimilitaristischen Jugendbewegung und gerieten so in den repressiven Fokus der jungen spanischen Republik. Diese nahm das Ausmaß der allgemeinen Verweigerung in den 1980ern – neben ca. 20.000 *Insumisos* verweigerten mehr als eine Million junge Spanier den Dienst auf konventionellem Weg – als vehemente Krise wahr. Der Staat griff deshalb abseits der politischen Dynamiken um das Nato-Referendum 1985 auf autoritäre Methoden zurück, um die Wehrdienstverweigerung einzudämmen. Ihre eng geknüpften persönlichen und politischen Netzwerke ermöglichten es den *Insumisos* jedoch, etwa Haftstrafen zu überstehen und ihre Strategie in die nächste Generation zu überführen.

Das letzte Panel des zweiten Tages richtete die Aufmerksamkeit auf räumliche Kontextbedingungen und die Dimension transnationaler Verflechtung. KOSTIS KORNETIS (Madrid) analysierte dazu zwei Dokumentarfilme, ‚Songs of Fire‘ und ‚Attila‘, die den Fall der griechischen Junta und die Invasion Zyperns 1974 thematisierten. Als Quelle, die wichtige Wendepunkte der griechischen Friedensbewegungen beleuchten, könnten die in ‚Songs of Fire‘ dokumentierten Konzerte, in denen improvisierte Verweise auf Zypern das Zuhören selbst politisierten, sowie die beständige Parallelisierung von Zypern und Vietnam in ‚Attila‘ als Wiedergabemedium revolutionärer Momente erscheinen. Darüber hinaus gäben sie ideologische Elemente der Friedensbewegungen wieder, welche Kornetis nebst ihrer Ästhetik und kontextuellen Einbettung überzeugend dechiffrierte. Der Beitrag von ANGELA SANTESE (Bologna) transnationalisierte die Geschichte der italienischen Friedensbewegung hinsichtlich ihrer verspäteten Mobilisierung gegen Nuklearwaffen. So hatte es in Italien zwar gegen Ende der 1970er Jahre ökologische

Proteste gegen die zivile Nutzung der Kernkraft, aber kaum Proteste gegen die Neutronenbombe (1977/78) gegeben, die etwa in der deutschen Friedensbewegung einen starken Mobilisierungsschub auslöste. Die Lerneffekte wechselseitiger Beobachtung und persönlicher Vernetzung setzen dieses Themenspektrum schließlich doch, trotz der komplizierten innenpolitischen Situation Italiens, auf die Agenda der Bewegung, was Santese am Beispiel der Proteste gegen die Stationierung der Euro-Missiles 1982/83 demonstrierte.

LUC-ANDRÉ BRUNET (Milton Keynes) konstatierte Transnationalisierungsprozesse in entgegengesetzter Richtung: Das kanadische Pendant der Friedensbewegungen bediente sich (süd-)europäischer Slogans und Strategien, um den offensichtlichen Widerspruch der Politik von Premierminister Trudeau zu problematisieren, der zwar die Stationierung von Kernwaffen in Kanada ablehnte, allerdings den Luftraum für Raketentests der US-amerikanischen Verbündeten freigab. Trudeau selbst wiederum orientierte sich mit seiner Friedensoffensive 1983 an der vereinnahmenden Strategie des griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou. Aus der Perspektive der Politik der internationalen Beziehungen könne die politische Offensive als ineffektiv beschrieben werden. Sie erfüllte jedoch den innenpolitischen Zweck, die Konflikte mit der eigenen Wählerschaft abzumildern und die Reputation Trudeaus als Friedenspolitiker zu rehabilitieren. Plausibel belegte Brunet so transnationale Lerneffekte ebenso an den Graswurzeln der Bewegung wie an der Spitze internationaler Politik. SUSANNE SCHREGEL (Köln) forderte in ihrem Kommentar dazu auf, Prozesse der Verräumlichung – das heißt den Zusammenhang von räumlicher Rahmung und Orientierung und politischer Strategie – in den Friedensbewegungen mit einem interdisziplinären Instrumentarium zu konzeptualisieren, in das auch Begriffe aus der Fachdiskussion in der Soziogeographie aufzunehmen seien. In diesem Zusammenhang sei auch zu untersuchen, wie die Politik der Friedensbewegungen ganz bewusst in den Alltag lokaler Akteure integriert wurde.

Am Freitagmorgen standen die Symbole, Rituale und Narrative der Friedensbewegungen auf der Tagesordnung des letzten Panels. GIULIA QUAGGIO (Sheffield) unterstrich dazu die Bedeutung der politischen Wandmalereien (‚Pintadas‘) für die Selbstdarstellung und gemeinschaftliche kulturelle Praxis der spanischen Friedensbewegung. Anhand verschiedener Beispiele, die sich allesamt gegen die spanische Nato-Mitgliedschaft richteten, klärte sie über ihren Stil, ihre

Ästhetik und ihre Ikonographie auf, die bald auch die politischen Parteien mit eigenen Bildern aufgegriffen hätten. Auffällig sei dabei, so Quaggio mit Bezug auf die fotografisch dokumentierten Wandmalereien, dass sie stets primär nationale Bezüge aufwiesen und jenseits einer offensichtlichen Angst davor, im Zuge einer Nato-Integration zwischen die Fronten eines atomaren Krieges zu geraten, die restliche Welt nur peripher wahrnahmen und konträr zum Versuch einer spanischen Verwestlichung standen.

LODOVICA CLAVARINO (Rom) ergänzte diesen Ansatz durch eine Fallstudie zur Rolle von Experten in der Friedensbewegung. Sie behandelte das politische Wirken von Edoardo Amaldi, eines der renommiertesten Kernphysiker der Zeit nach 1945. Amaldi schuf, begünstigt durch seine internationale Vernetzung, ein im Kontext des Kalten Krieges einflussreiches pazifistisches Narrativ: Im Gegensatz zur weitgehend als unbedenklich eingestuften zivilen Nutzung der Kernkraft wurde die Verbreitung von Nuklearwaffen zwar problematisiert. Dennoch wurde die völlige atomare Abrüstung als sinnlos bewertet, da sich gegen Atomwaffen keine effiziente Verteidigung aufbauen ließe. Das friedenspolitische Engagement von Amaldi erreichte 1981 seinen Höhepunkt mit einem von 817 Fachkollegen unterzeichneten offenen Brief an den italienischen Staatspräsidenten, in dem die uneingeschränkte Aufklärung der Öffentlichkeit über die Gefahren eines Nuklearkrieges eingefordert wurde.

Schließlich fragte CARL ANTONIUS LEMKE DUQUE (Bilbao) nach den Beziehungen zwischen Religion und Gewalt im Baskenland. Dazu stellte er das Engagement einer Reihe von baskischen Jesuiten vor, die sich im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre zu maßgeblichen Kritikern des Terrorismus der ETA entwickelten, Strategien der Mediation und Konfliktüberwindung vorschlugen und zugleich eine Diskussion über eine Pädagogik und Ethik des Friedens vorantrieben.

Die abschließende Paneldebatte bestritten LUTZ KLINKHAMMER (Rom) und FEDERICO ROMERO (Florenz). Sie stellten vor allem Fragen nach der Periodisierung und forderten dazu auf, sowohl die lange Vorgeschichte der Proteste der 1980er Jahre in den Blick zu nehmen als auch die langfristige generationelle Prägung der Teilnehmer an den Protesten der 1980er Jahre zu untersuchen.

Gesamtergebnis

Das erste wichtige Ergebnis der Tagung war, dass Südeuropa in keiner Weise als ein einheitlicher politischer Raum in der Formierung von Friedensbewegungen zu verstehen ist. Die Protestformen und auch die Protestikonographie der Friedensproteste in Italien, Spanien und Griechenland wiesen viele Ähnlichkeiten mit vergleichbaren Bewegungen in West- und Nordeuropa auf. Weder die institutionell ungebundenen Protestakteure der drei Länder noch die Friedensaktivisten in den jeweiligen sozialistischen und kommunistischen Parteien waren untereinander vernetzt. Eine besonders prominente Gruppe von Akteuren wie das Frauenfriedenscamp im sizilianischen Comiso hatte Verbindungen mit Gleichgesinnten in Großbritannien und der Bundesrepublik, nicht aber zu Frauen in der spanischen Friedensbewegung. Friedensprotest in Südeuropa wurde als ein spanischer, italienischer und griechischer Protest artikuliert, nicht jedoch als ein südeuropäischer.

Ein zweites wichtiges Ergebnis der Tagung ist, dass die antimilitaristische Strömung innerhalb der Friedensbewegung zumindest in Spanien und Italien eine weitaus größere Rolle spielte als in nordeuropäischen Ländern, wo der Antimilitarismus etwa der *War Resisters International* im Vergleich mit dem protestantisch oder sozialdemokratisch inspirierten Nuklearpazifismus der 1980er Jahre völlig marginal blieb. Antimilitarismus war ein treibendes Moment des italienischen *Partito Radicale* und prägte auch die Geschlechterbilder, welche diese Partei vertrat. Die Bewegung der Wehrdienstverweigerer (*Insumisos*) in Spanien war eine der großen, außerhalb des Landes weitgehend vergessenen radikalen Massenbewegungen Europas nach 1945. Ihre Anfänge reichen bis in die letzten Jahre der Franco-Diktatur zurück. Sie entwickelte sich nach der Demokratisierung des Landes zu einer breit aufgestellten Bewegung, die nachhaltigen Einfluss auf die politische Kultur Spaniens hatte und auch abweichende Männer- und Geschlechterbilder in der spanischen Öffentlichkeit verankerte.

Geplante Veröffentlichungen

Die wichtigste aus der Tagung hervorgehende Veröffentlichung wird ein Themenheft der international renommierten historischen Fachzeitschrift *Journal of Contemporary History* (JCH) sein. Dieses Themenheft wird von Martin Baumeister (Rom) und Benjamin Ziemann (Sheffield) herausgegeben und zehn revidierte und stark

erweiterte sowie mit wissenschaftlichem Apparat versehene Tagungspapiere enthalten. Eine kurze Einleitung der Herausgeber wird in das Themenfeld einführen.

Eine der Referentinnen auf der Tagung, Giulia Quaggio (Sheffield), hat einen Blogpost veröffentlicht, in dem sie Kernergebnisse ihrer Forschungen in populärer Form einer breiten Öffentlichkeit vorstellt. Giulia Quaggio, "Cold War Angst: The Iconography of Peace in Spain during the 1980s", online unter:

<http://www.historymatters.group.shef.ac.uk/cold-war-angst-iconography-peace-spain-1980s/>